

KOMMUNALWAHL AM 14. MÄRZ

Stadt für alle - DIE LINKE wählen!

Die Corona-Pandemie zeigt auch auf kommunaler Ebene wie durch ein Brennglas die Schwächen dieses Systems.

Sie macht deutlich, dass es ein Fehler ist, Gesundheit, Wohnen und Bildung in Waren zu verwandeln, statt Menschen

und Umwelt ins Zentrum allen Handelns zu stellen. So wichtig die Maßnahmen zur Eindämmung des Virus und Schutz der Gesundheit der hier Lebenden sind, sie treffen die Menschen je nach ihrer wirtschaftlichen Lage unterschiedlich hart. Ärmere Menschen haben es besonders schwer, darunter auch viele allein-

erziehende Frauen und ihre Kinder sowie eine steigende Zahl von Senior*innen, die von ihrer Rente nicht mehr auskömmlich leben können. Künstler*innen und andere Selbstständige bangen um ihre wirtschaftliche Existenz, während große Konzerne mit Milliardenbeträgen unterstützt werden.

Fehlende Perspektiven und Prekarisierung verschlechtern die Lage für einen immer größer werdenden Teil der Menschen. Am deutlichsten trifft es aber die Menschen, die Hartz IV beziehen. Sie wurden und werden an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Menschen-, Grund- und Bürgerrechte gelten für sie nur noch eingeschränkt. Am schlimmsten ist das für Kinder und Jugendliche, die von allem zu wenig haben und dafür stigmatisiert werden.

Die Debatte um die Coronahilfen der Stadt Kassel haben eindringlich vor Augen geführt: Man darf die Stadt nicht SPD, CDU und GRÜNEN überlassen, die gegen unseren Antrag zur Soforthilfe für Kinder- und Jugendliche im Hartz-IV-Bezug gestimmt haben. Dieser Umgang erklärt dann auch, warum Kassel die höchste Kinderarmutsquote Hessens hat.

DIE LINKE setzt sich deswegen für unsicher Beschäftigte, für Erwerbslose, Jugendliche, Rentner*innen und für alle anderen, die von Kürzungspolitik und Sozialabbau betroffen sind, ein. Wir machen Politik für Arbeitnehmer*innen.

Die Stadt Kassel zehrt seit Jahren an ihrer Substanz. Dabei hat Kassel durch die Haushaltsüberschüsse der letzten sieben Jahre Handlungsspielräume erhalten, diese jedoch nicht genutzt und sich

bitte umblättern...

KASSELER LINKE
Kasseler Linke für Arbeit und soziale Gerechtigkeit



Stadt für alle!

Machen wir Kassel
sozial. ökologisch. demokratisch.

DIE LINKE.

14. März
Kommunal-
wahl

allein dem massiven Schuldenabbau verschrieben. Anstatt in bezahlbaren Wohnraum, Straßen und städtische Gebäude, insbesondere die Schulen, zu investieren, wird der Sanierungsstau immer größer. Gleichzeitig belastet die Kasseler Politik durch Fehlinvestitionen wie dem Flughafen Calden oder Fehlplanungen wie der zweiten Eisfläche oder dem geplanten technischen Rathaus dauerhaft den Haushalt der Stadt - zu Lasten der Einwohner*innen Kassels.

Die Stadtpolitik hat keine Antworten auf die Klimakrise. Wir wollen ein sozial und ökologisch gerechtes Kassel. Denn Kassel könnte eine Stadt mit hoher Lebensqualität sein, ist es aber für einen wachsenden Teil seiner Einwohner*innen immer seltener. Es sind vor allem wirtschaftlich schwache Menschen, die heute schon von Lärm, Dreck und Hitze am heftigsten betroffen sind, die am wenigsten von den Parks und Naherholungsgebieten in der Stadt haben. Sie werden es sein, die die Folgen des Klimawandels am deutlichsten spüren. Wir als DIE LINKE wollen deswegen den sozial-ökologischen Umbau der Stadt Kassel, also die Verkehrswende hin zur autofreien Stadt, die lebenswerte Umgestaltung und soziale Umverteilung des Stadtraums, eine konsequente kommunale Energiewende sowie die Agrarwende.

Eine starke linke Fraktion im Rathaus

Für DIE LINKE ist politische Arbeit auch außerhalb des Parlaments sehr wichtig. Wir verstehen uns als Schnittstelle zwischen Parlament und Initiativen wie den Radentscheid und die Seebrücke. Wir

helfen mit vielen Anfragen direkt Initiativen weiter und bringen ihre Anliegen in das Parlament.

Diese Arbeit für eine Politik der sozial-ökologischen Gerechtigkeit und für mehr Lebensqualität in Kassel wollen wir mit einer gestärkten linken Fraktion in der nächsten Stadtverordnetenversammlung fortsetzen. Dafür brauchen wir Ihre Stimme.

Für und mit den Menschen in Kassel

Wir wollen eine Kommunalpolitik, die sich an den Interessen der Mehrheit der Menschen in dieser Stadt orientiert. Indem sie zum Beispiel die wirtschaftlich und sozial ausgegrenzten Bürger*innen wieder in das gesellschaftliche Leben der Stadt einbezieht und ihnen neue Zugänge und neue, selbstbestimmte Handlungsspielräume eröffnet.

Wir setzen uns für eine soziale und gerechte Stadt ein, in der alle Menschen, unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder sonstigem gesellschaftlichem Hintergrund miteinander leben und arbeiten können. Wir formulieren konkrete und realisierbare Konzepte. Dies tun wir aber nicht im Rahmen der sogenannten Sachzwänge. Wir stehen für eine Gesellschaft, die sich nicht an den Profiten weniger, sondern an den Bedürfnissen der Mehrheit und ihren sozialen Schutzbedürfnissen angesichts wachsender sozialer und ökologischer Risiken orientiert. Gemeinsam sind wir stark

Wir allen Menschen die in Sozial-, Umwelt-, Wohnungs-, Kultur- und Bildungsinitiativen oder in Gewerkschaften und Verbänden arbeiten, einen Zugang zum

Rathaus ebnen. Ihrer fachlichen und politischen Kompetenz wollen wir zusätzliches Gehör verschaffen und ihre Arbeit mit Informationen aus dem Stadtparlament stärken. Wir verstehen unsere Kandidatur deswegen nicht als Ersatz für außerparlamentarische Aktivitäten. Uns ist die Begrenztheit der Arbeit in der Stadtverordnetenversammlung bewusst. Sie ist für uns ein weiterer Ort, an dem wir unseren Ideen Gehör verschaffen und für unsere Interessen kämpfen wollen.

Das tun wir an der Seite von Beschäftigten, Arbeitslosen, Jugendlichen und Rentner*innen, Kulturschaffenden und Umweltaktivist*innen sowie Menschen mit Migrationshintergrund für konkrete Verbesserungen in Kassel. Nur gemeinsam ist es möglich, diese Verbesserungen durchzusetzen!

Darum am 14.3. - DIE LINKE wählen!

Das will DIE LINKE:

- Armutsbericht für Kassel
- ÖPNV-Sozialticket für 25 EUR
- Jobcenter-Repressalien beenden
- Erhöhung der Gewerbesteuer
- Ausbau der Frauenhäuser
- Queeres Zentrum für Kassel
- Kostenfreier ÖPNV bis 2030
- 100 % Sozialwohnungsquote bei öffentlichen Bauprojekten
- digitale Endgeräte für Schüler*innen ab der 5. Klasse
- schnellere Sanierung von Schulgebäuden
- flächendeckende und wohnortnahe medizinische Versorgung für alle Stadtteile
- Auflösung von Massenunterkünften zugunsten dezentraler Einrichtungen
- Umbenennung von Straßen und Plätzen, die nach nazistischen oder kolonialistischen Kriegsverbrechern benannt wurden

DIE LINKE tritt auch in folgenden Stadtteilen zur Ortsbeiratswahl an:

- Nord-Holland
- Rothenditmold
- Vorderer Westen
- Bad Wilhelmshöhe
- Wesertor
- Kirchditmold
- Jungfernkopf
- Harleshausen



**Bewegung
ins Rathaus!**



Mehr Infos unter:

kommunalwahl.die-linke-kassel-stadt.de

DIE LINKE.

RÜCKBLICK

Von links anschieben

Was hat die Kasseler Linke eigentlich in den letzten 5 Jahren gemacht?

Das schon mal vorab: Wir waren mit 132 schriftlichen Anfragen und 117 Anträgen in der Stadtverordnetenversammlung die fleißigste Fraktion in diesem Zeitraum seit der letzten Wahl. Ebenso steht eine beachtliche Anzahl unserer Pressemitteilungen zu Buche.

Wir haben immer wieder versucht, den Finger in die Wunde zu legen und den Magistrat mit den für ihn unangenehmen Sachverhalten zu konfrontieren. Gleichzeitig haben wir aber auch konstruktive Vorschläge eingebracht.

Soziales und Gesundheit

Der Sozialausschuss war neben dem Eingabeausschuss wahrscheinlich der Ausschuss, der am häufigsten ausfiel. Es wäre noch öfter der Fall gewesen, hätten wir dort nicht regelmäßig Anträge und Anfragen gestellt, etwa zu den Kosten der Unterkunft, zu Eingangsbestätigungen beim Jobcenter. Auch die kinderärztliche Versorgung war ausgehend von Rothenditmold ein intensiv diskutiertes Thema (Antrag der Kasseler Linken März 2020). Immerhin wird durch einen gemeinsamen Antrag nun über die gesamtstädtische Situation berichtet und die Einrichtung von kommunalen medizinischen Versorgungszentren geprüft.

Vor fünf Jahren noch undenkbar

Zu Anfang der letzten Legislatur haben SPD und Grüne sich noch geweigert, auch nur zuzugeben, dass in manchen Bereichen akuter Handlungsbedarf besteht. Kitaplätze? - „Da haben Eltern doch die freie Wahl.“ Wohnungen? - „sind doch einfach in Kassel zu finden.“ Inzwischen leugnet zumindest niemand mehr, dass Plätze fehlen und der Wohnungsmarkt angespannt ist (außer die CDU und das Land, die Kassel einen entspannten Wohnungsmarkt attestieren).

In der Wohnungsfrage haben wir als Fraktion in der letzten Legislatur auf zwei Stränge gesetzt. Erstens das Einbringen von konkreten Handlungsmöglichkeiten, damit nicht länger so getan werden kann, als hätte die Kommune keine Möglich-

keit etwas zu tun. Im September 2016 war das etwa die Sozialwohnungsquote (2019 hat sie schließlich eine Mehrheit gefunden), später waren es Maßnahmen wie der Milieuschutz gegen Verdrängung, den wir konkret für das Schillerquartier 2017 zum ersten Mal gefordert haben. Nun wurde die Vorbereitung der Umsetzung beauftragt.

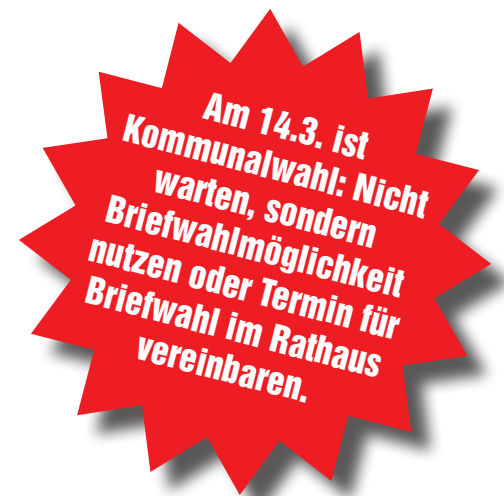
Zweitens ist es das konsequente Unterstützen von Mieterinitiativen. Denn sobald Menschen selber an die Stadt herantreten und sagen, sie sind direkt betroffen vom Mietenwahnsinn, von Entmietung vom drohenden Abriss - dann kann niemand leugnen, dass das Problem real ist. Wir haben daher die Mieter*innen unterstützt in der Goethestraße, in der Sophienstraße, in der Rembrandtstraße, in der Wilhelmshöher Allee 174...

Auch im Kitabereich wurde lange von der Mehrheit der Stadtverordneten geleugnet, dass es ein Problem gibt. Im Oktober 2017 haben wir als Erste gefordert, die Plätze und den Bedarf konsequent zu erfassen und den Ausbau voranzutreiben. Die Idee wurde inzwischen von der Verwaltung übernommen, umgesetzt ist sie allerdings nach wie vor nicht.

Umwelt und Verkehr

Im April 2017 haben wir einen Antrag gegen den weiteren Autobahnausbau eingebracht. Im November 2017 für die Ausweitung von Tempo 30 auch auf Hauptverkehrsstraßen. Eine Mehrheit hat er nicht gefunden, aber einen Stein ins Rollen gebracht. Damals hieß es noch, das ginge nicht, dann wurde es geprüft und befindet sich teils in der Umsetzung. Von Anfang an hat uns natürlich die Liniennetzreform und der Ausbau des ÖPNV begleitet. Ein Durchbruch wurde nicht erzielt. Selbst die Machbarkeitsstudie zur Tram nach Rothenditmold-Harleshausen hängt seit zwei Jahren in der Schwebe.

Jährlich haben wir den Antrag für ein Sozialticket für 25,- Euro monatlich gestellt. Immer wieder wurde abgelehnt. Im August 2020 wurde schließlich das „Mittendrinticket“ für 35,- Euro eingeführt. Wir konnten oft direkt Forderungen aus der Zivilgesellschaft aufgreifen und in



die Stadtverordnetenversammlung bringen, etwa bei der Grünsatzung, der Stellplatzsatzung, dem Radentscheid oder auch der Sanierung der Schulen.

In vielen unserer Anträge ging es um Transparenz. Planungsgrundlagen schaffen und zur Verfügung stellen bevor Tatsachen geschaffen werden, so etwa mit der Eissporthalle (2017), dem documenta-Institut (2018), der Markthalle. Thema waren auch immer wieder die Arbeitsbedingungen der kommunalen Beschäftigten, etwa Befristungen bei Erzieher*innen und Ausgliederungen in der Jugendarbeit, Lohndumping in der Gebäudereinigung. Also der gesamte Bereich des Outsourcing.

Einige unserer Ideen wurden erst abgelehnt und dann von anderen Fraktionen aufgegriffen. Bei anderen konnte in enger Abstimmung mit außerparlamentarischen Initiativen nachgelegt werden, um Verbindlichkeit in gemeinsamen Anträgen zu erhöhen (Sicherer Hafen Kassel, Klimaneutralität 2030). Bei manchen erhielten wir sogar direkt eine Zustimmung, etwa bei der Unterzeichnung der Energiewende Charta Nordhessen (Oktober 2018) oder bei der Unterstützung des ICAN-Städteappells für eine atomwaffenfreie Welt (März 2019), bei anderen beißen wir nach wie vor auf Granit, etwa bei der Forderung nach Notebooks für alle Schüler*innen der 5. Klasse oder einem Corona-Zuschlag für Transferleistungsbezieher*innen.

Abschließend lässt sich aufgrund unserer Erfahrungen feststellen, dass linke Kommunalpolitik im Schulterschluss mit außerparlamentarischen Initiativen und Bündnissen eine große Schlagkraft entwickeln kann. Nimmt man die Probleme, die in Kassel nach wie vor bestehen, ist dies auch weiterhin dringend notwendig.

Violetta Bock

CORONA/SCHULE

Für „ausreichend“ nicht ausreichend

Die Corona-Pandemie hat die Probleme unseres Schulsystems schonungslos offengelegt.

Nicht erst seit dem zweiten Lockdown ist die digitale Ausstattung von Schulen und Schüler*innen problematisch, die digitale Anbindung Jahrzehnte zurück und die Hygienesituation an den Schulen eine Zumutung.

Bildung ist allgemein Sache der Bundesländer. Die Schulträger, die Verantwortung über Schulgebäude, nichtpädagogisches Personal und Ausstattung haben, sind hingegen die Städte und Landkreise. Hier hat Kassel Handlungsspielraum, der aus Sicht der Kasseler Linken kaum genutzt wurde.

Schon während der ersten Welle hat sich die Kasseler Linke dafür stark gemacht, bei Schulöffnung länger in das Wechselmodell zu gehen. Das bedeutet

die Teilung der Lerngruppen und den abwechselnden Unterricht der beiden Teilgruppen. Wir haben die dahingehende Kampagne der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft unterstützt. Die Stadt Kassel haben wir aufgefordert, sich auch beim Land für dieses Modell einzusetzen.

Mit dem Wissen um die kommende, zweite Welle hätte die Stadt sich im Verlauf des Jahres 2020 vorbereiten können, zum Beispiel durch den Einbau von hochwertigen Luftfiltergeräten in Schulgebäuden. Dass diese nicht mal viel kosten müssen, hatte eine Studie der Max-Planck-Gesellschaften gezeigt, auf die die Kasseler Linke im Schulausschuss hingewiesen hatte. Eine Initiative, die sich für diese Forderung ebenso eingesetzt hatte, ist unverantwortlich.org. Deren Aufruf zum Schulstreik aufgrund der zu vollen Klassen haben wir als Fraktion unterstützt.

Die Ausstattung der Schüler*innen mit

mobilen Endgeräten war ein Ziel eines Haushaltsantrags der Kasseler Linken: Wir wollten alle Fünftklässler*innen in diesem Schuljahr für ihre Zeit in der Mittelstufe versorgen und dies die kommenden Jahre fortsetzen. Das wäre ein deutlicher Schritt hinaus gewesen über die momentane Beschaffung der Leihgeräte für wenige Schüler*innen mit Geld von Land und Bund. Leider fand dieser Antrag in der Stadtverordnetenversammlung keine Mehrheit.

Auch jetzt noch, vor der erneuten Schulöffnung im Frühling, könnten weitsichtigere Maßnahmen ergriffen werden. Zusätzliche Busse und Bahnen für die Stoßzeiten lassen sich kurzfristig organisieren, wenn man an die vielen Reiseunternehmen denkt, deren Busse gerade herumstehen - gar nicht so undenkbar, wenn man einmal ein wenig über den Tellerrand der kapitalistischen Logik hinausschauen würde...

David Redelberger

IN EIGENER SACHE

„Die Finger in die Wunde legen“



Marlis Wide-Stockmeyer

Mit dem Ende der Legislaturperiode wird Marlis Wide-Stockmeyer nicht erneut für städtische Gremien kandidieren. Grund genug, mit ihr auf das langjährige Wirken für die Kasseler Linke zurückzublicken

LZ: Du bist seit 2006 für die Kasseler Linke in der Kommunalpolitik aktiv. Bei der letzten Kommunalwahl warst du unsere Spitzenkandidatin, hast aber gleichzeitig gesagt, dass du danach aufhören willst. Wenn du nun zurückblickst auf deine Zeit als Stadtverordnete und seit 2011 im Magistrat: Welche Themen haben dich besonders begleitet?

Marlis: Bildungspolitik war für mich von Anfang an sehr wichtig, denn hier zeigen sich die Auswirkungen der sozialen Ungerechtigkeiten besonders deutlich. Noch heute beweisen die internationalen Bildungsberichte, dass in Deutschland, wie in keinem anderen Land, die soziale Herkunft entscheidend für die schulische Entwicklung ist. Welcher enorme Handlungsbedarf noch heute besteht, sehen wir jetzt besonders unter Corona-

Bedingungen. Wie in einem Brennglas zeigt sich jetzt auch für die, die lieber weggeschaut haben, in was für einer ungerechten Gesellschaft wir leben. Es ist ein Skandal, dass in einer reichen Gesellschaft sich Menschen an der „Tafel“ für die Brosamen, die von den gut gedeckten Tischen übrig bleiben, ernähren müssen. Menschen mit Grundsicherung, Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen, Menschen, die nach einem langen Arbeitsleben von ihrer Rente nicht leben können.

LZ: Was waren deine Erfahrungen als Stadtverordnete?

Marlis: Meine Erfahrungen als bildungspolitische Sprecherin waren oft frustrierend. Während ich in vielen Gesprächen und Diskussionen durchaus Überzeugungsarbeit leisten konnte, kippte das dann bei der Abstimmung unserer Anträge in der Stadtverordnetenversammlung. Die Fraktionsdisziplin siegte! Lustig wurde es, wenn nach einiger Zeit ein ähnlicher Antrag von der anderen Fraktion vorgelegt wurde. Trotzdem bleibt es wichtig, unbequem zu

sein und die Finger immer wieder in die Wunde zu legen, sie sichtbar zu machen.

Gelernt habe ich aus den Erfahrungen aber auch etwas ganz Wichtiges: Die Chancen auf Veränderungen steigen, je mehr und besser die parlamentarische Arbeit mit der außerparlamentarischen Arbeit verbunden ist. Und heute gibt es so viel Zusammenarbeit mit Betroffenen, mit Initiativen aus der Wohnungs-, Verkehrs-, Umweltpolitik etc. Das ist kreativ und bringt Neues voran.

LZ: Seit 2011 bist du im Magistrat. Wie unterscheidet sich das von der Arbeit als Stadtverordnete?

Marlis: Ein Unterschied ist die Sichtbarkeit und Wirksamkeit deiner Arbeit. Während du als Stadtverordnete mit Anfragen, Anträgen, Reden, Pressemitteilungen usw. in der Öffentlichkeit gut wahrgenommen wirst, bist du als Mitglied im Magistrat öffentlich ziemlich unsichtbar. Denn Magistratssitzungen sind nicht öffentlich und Magistratsmitglieder werden auf die Verschwiegenheit verpflichtet. Aber man hat eine wichtige Kontrollfunktion und Möglichkeiten für Nachfragen, weil nicht alle Vorlagen in die Stadtverordnetenversammlung kommen.

LZ: Du hast dich entschieden, nicht mehr anzutreten. Was planst du als Nächstes?

Marlis: Ich werde mich wieder aktiver in der Friedenspolitik engagieren. In Kassel haben wir noch immer die großen Rüstungsbetriebe, die steigenden Exporte führen zu noch mehr Tod und Flucht von Menschen weltweit. Bei den Profitraten der Rüstungsindustrie haben Initiativen zur Rüstungskonversion noch immer keine Chancen. Und auch deshalb: „Fluchtursachen bekämpfen - und nicht die Flüchtlinge“. Es bleibt also viel zu tun!

Das Interview führte Violetta Bock

BILDUNG

Keine Klientelpolitik bei Schulsanierung!

SPD und CDU haben gerade noch rechtzeitig vor der Kommunalwahl in der Stadtverordnetenversammlung mit einem fachlich nicht begründeten, aus knapp drei Zeilen bestehenden, gemeinsamen Antrag Schulerweiterungsbauten für das Wilhelmsgymnasium und das Friedrichsgymnasium durchgedrückt.

Eine vorherige Diskussion ihres Vorhabens im Schulausschuss lehnten sie ab. Kostenpunkt: irgendwas im zweistelligen Millionenbereich (zwischen 30 und 60 Millionen Euro). Geld schien für sie keine Rolle zu spielen. Planen und durchführen soll das Ganze die GWG-Pro, die eigentlich gerade vier Gesamtschulen und eine Berufsschule sanieren soll.

Während die Gesamtschulen in Arbeiter*innenvierteln wie der Nordstadt, Waldau und Oberzwehren jahrelang kämpfen mussten, bis die Dringlichkeit ihrer Sanierung anerkannt wurde und nun während eines mehrjährigen Planungsprozesses weiter vor sich hin modern, ging es hier plötzlich ganz schnell und ohne viele Worte. Das offenbart eine massive soziale Schieflage. Zumindest die betroffenen besonders sanierungsbedürftigen Gesamtschulen nämlich beschulen überwiegend Schülerinnen und Schüler in einem sozioökonomisch schwierigen Umfeld, in dem die Elternhäuser durch Arbeitsverhältnisse im unteren Lohnsegment, Armut und Mangel an gesellschaftlicher Teilhabe geprägt sind und noch dazu qua Migra-

tionshintergrund nicht selten Opfer von Diskriminierungen auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt sind. Gerade diese Schülerinnen und Schüler, deren Weg ins Leben von besonderen Hürden und Beschwerden geprägt ist, in maroden Schulgebäuden mit schimmeligen Wänden, unzumutbaren Toiletten, undichten Dächern, zugigen Fenstern, defekten Heizungsanlagen und dringend erneuerungsbedürftigen Fachräumen lernen zu lassen, während die Gymnasien weiter schick gemacht werden, das ist nämlich so ziemlich das Gegenteil von Bildungsgerechtigkeit.

Aus der 12. Fortschreibung des Gebäudesanierungsprogramms aus dem Jahr 2019 geht deutlich hervor, dass hinsichtlich der nötigen Gebäudeerhaltungsmaßnahmen die Gymnasien vom Realisierungsgrad her über dem Durchschnitt aller Kasseler Schulen, die Gesamtschulen jedoch deutlich unter dem Durchschnitt liegen.

Zugleich wird die teilweise einsturzgefährdete Reuterschule mit kleinen Häppchen von insgesamt 11 Millionen Euro über mehrere Jahre abgespeist. Und nicht zuletzt fehlen in der Stadt immer noch Grundschulbauten für 39 Grundschulklassen, sind an vielen Schulen schnelles Internet und WLAN-Zugänge immer noch Zukunftsmusik. Die Prioritäten bei der Sanierung, dem Neubau und der Ausstattung von Schulgebäuden müssten also ganz anders gesetzt werden, wenn man den realen Bedarf zugrunde legen würde.

Aber darum ging es offensichtlich nicht. Fakt ist: SPD und CDU bauen mit hohen Summen ohnehin schon relativ gut dastehende Gymnasien weiter aus, an denen eine bildungsbürgerliche Klientel zuhause ist, auf deren Wählerstimmen sie wohl zielen. Wofür haben wir eigentlich einen Schulentwicklungsplan?

Lutz Getzschmann



quid pro quo: Erweiterungen am „FG“ als Mitgift für kommende SPD/CDU-Koalition?

UMWELT/KLIMA

Mit Beuys für Stadtwald statt Asphalt

Mit seinem Projekt 7.000 Eichen hat Joseph Beuys nicht nur für zusätzliche 7.000 Bäume in Kassel gesorgt, sondern auch das Stadtbild positiv geprägt und damit aufgezeigt, dass urbaner Raum sich keineswegs durch Beton und Asphalt kennzeichnen muss.

Um dem Klimawandel sozial und ökologisch zu begegnen, denken wir das Erbe Joseph Beuys weiter, wollen die Stadt ganzheitlich sozial-ökologisch umbauen und bis 2050 70.000 Bäume pflanzen.

Kassel will zwar bis 2030 klimaneutral werden, das Rathaus verliert sich dabei aber im Klein-Klein der Maßnahmen, die in der Summe nicht ausreichen und die heute schon sichtbaren Folgen des Klimawandels ausblenden. Weniger Regen, trockene Böden, zu warme Winter und vermehrt starke Hitzewellen. Das alles trifft auch auf das Kasseler Becken zu, in dem sich schon heute die Hitze staut.

Die Probleme, die durch Flächenversiegelung, Schmutz und Lärm des Straßenverkehrs sowieso schon für viele Menschen in Kassel bestehen, werden sich mit jedem Jahr zunehmend verschärfen. Das bedeutet nichts anderes, als dass die Lebensqualität in Kassel deutlich sinken wird. Im Folgenden wollen wir skizzieren, wie Kassel 2035 aussieht, wenn

wir heute damit beginnen, die Stadt sozial und ökologisch umzubauen. Das bedeutet Klimaschutz und Klimaanpassung vor Ort umzusetzen.

Mobilität sozial gerecht

Der Grundgedanke der Verkehrswende hin zur autofreien Stadt wird unter der Prämisse verfolgt, dass nicht das Fortbewegungsmittel wichtig ist, sondern vielmehr Mobilität sich an den Bedürfnissen aller orientieren muss. Innerhalb Kassels sind nach unseren Vorstellungen 2035 der Radverkehr und der ÖPNV für die täglichen Erledigungen die zentralen Verkehrsmittel und auch vollkommen ausreichend.

Wie das funktionieren soll? Es gibt ein ausgebautes und ganzheitliches sicheres Fahrradwegenetz und die dazugehörige Infrastruktur an Parkplätzen sowie Ladestationen für E-Bikes. Mit Lastenrädern werden kleinere private und gewerbliche Transporte erledigt. Es gibt einen kostenfreien ÖPNV mit einer dichten Taktung, auch an Wochenenden und den Randzeiten. Es fahren Straßenbahnlinien nach Rothenditmold, Ihringshausen, Lohfelden und zum Herkules. Alle wichtigen Orte des täglichen Lebens sind in 15 Minuten erreichbar. Entweder mit dem ÖPNV und dem Rad, aber

vor allem auch zu Fuß. Breite, gut ausgeleuchtete Fußwege, viele Sitzmöglichkeiten und Barrierefreiheit sorgen dafür, dass die Stadt wieder ein Begegnungsraum ist. Für alle Erledigungen, für die das Auto dann doch benötigt wird, gibt es ein Carsharing System mit einem Netz an Stationen, das alle Stadtteile abdeckt.

Die grundlegende Versorgung der Menschen mit wesentlichen Dienstleistungen, also die öffentliche Grundversorgung wie Feuerwehr und Ärzte genießen freie Fahrt, genauso wie Menschen mit Behinderung oder Ältere. Stadt und Land sind deutlich besser verknüpft, um Pendler zu ihren Arbeitsplätzen und wieder zu ihrem Wohnort zu befördern. Der ÖPNV, allen voran die Regio-Tram, hat eine dichte Taktung von morgens bis abends und Radschnellrouten führen direkt in die Stadt. Menschen aus dem Umland kommen mit Bussen, Straßenbahnen und Regiotrams komfortabel in die Stadt. Abstellplätze und überdachte Fahrradabstellanlagen an den Bahnhöfen und Busendstationen im Landkreis binden den ÖPNV in der Fläche an. Durch die deutlich entspannte Verkehrssituation gibt es weit weniger Parkplätze und Straßen für den motorisierten Individualverkehr, dem PKW. Viele Flächen wurden vom Asphalt und Beton befreit, es ist neuer Platz entstanden, der neu gestaltet werden wurde.

Sozial-ökologische Lebensräume

Wie sieht das Stadtbild 2035 aus? Es gibt neue Parks und öffentliche Grünflächen, Sport- und Spielplätze. Um Hitzesommern zu begegnen gibt es stehende Gewässer, Brunnen und Wasserspiele. Viele Initiativen, Vereine und durch die Stadt geförderte Gemeinschaftsgärten sorgen dafür, dass alle Menschen Bette und Gartenflächen vor ihrer eigenen Haustür anlegen und gestalten können. Gleichzeitig entstehen neue Begegnungsstätten. Der öffentliche Raum gehört wieder den Menschen. Im Jahr 2035 sind aber auch große Teile der Gebäudefassaden und Dächer begrünt. Nicht nur trägt dies zur weiteren Abkühlung der Stadt bei, auch Wasser versickert langsamer und Überschwemmungen werden unwahrscheinlicher. Zuletzt wird durch die dämmende Wirkung der Pflanzen auch Energie eingespart. Neben der



Wie soll Kassel in der Zukunft aussehen?

Bepflanzung sind auf fast allen Dächern Kassels auch Solaranlagen angebracht worden, die einen großen Beitrag zur dezentralen Stromerzeugung leisten. Bei der zentralen Energie und Wärmeversorgung ist Kassel endlich CO₂-neutral und hat sich von der fossilen Energie endgültig verabschiedet.

70.000 neue Bäume in Kassel!

Der größte Schritt hin zu mehr Vegetation wurde aber mit der Pflanzung der ersten Hälfte der 70.000 Bäume getan. Kassel hält damit Schritt im Kampf gegen die Erhitzung der Stadt. Nicht nur sorgen die neuen Bäume für frische, küh-

le Luft und schattige Plätze für alle - sie speichern auch Unmengen CO₂. Nur mit einem sozialen und ökologischen Umbau wird es uns gelingen, dass Kassel in Zukunft eine lebenswerte Stadt und den Herausforderungen des Klimawandels gewachsen ist.

Mark Bienkowski / Martin Kilmann

KULTUR/DOCUMENTA-INSTITUT Wie man es nicht macht

Im Bereich von Kunst und Kultur ist die documenta das Highlight in Kassel. In dieser Legislatur war diese auch durch das „documenta-Jahr“ allgegenwärtig – leider nicht im positiven Sinne.

Finanzdebakel, Standortdebatten beim Obelisk und nicht zu guter Letzt das documenta-Institut. 2016 kam die Kostenzusage dafür vom Bund und auch das Land Hessen war bereit, einen Teil zu übernehmen. Es schien, als sei der Traum eines documenta-Institutes möglich geworden, welches die documenta auch zwischen den Jahren der Weltausstellung in Kassel erlebbar machen und gleichzeitig die wissenschaftliche Aufarbeitung und Forschung verorten könne. Ein schöner Gedanke, den übrigens schon Arnold Bode hatte. Aber das allein reicht nicht.

Was geschah?

Schon bei der geplanten Kostenverteilung knirschte es, da etwaige Mehrkosten (und die entstehen bei Neubauprojekten immer) allein von der Stadt Kassel zu stemmen sein werden. Die eigentliche Kontroverse entspannt sich dann jedoch über die Standortfrage. Wohin mit diesem Juwel? Nach Überprüfung verschiedener möglicher Standorte wurde der Parkplatz neben der Universität am Holländischen Platz von der Stadt als einzig realistische Möglichkeit ausgerufen. Aus verschiedenen Gründen gab es Kritik an diesem Standort, nur die Leitung der Universität war hochzufrieden – wen wundert es? Aber dann geriet der Planungsprozess über Jahre ins Stocken.

Es war jetzt bereits der Sommer 2019 und plötzlich wurde der Parkplatz am Karlsplatz als neuer Standort aus dem Hut gezaubert. Wieder wurde dieser als alternativlos dargestellt. Plötzlich musste es auf einmal schnell gehen. Ohne die

Kommunikation mit Anrainern und Stadtgesellschaft zu suchen, wurde die frohe Botschaft durch die Presse verkündet.

Als Reaktion darauf jubelten einige, die dem Standort in der Nordstadt von Beginn an nichts abgewinnen konnten. Es formierte sich jedoch auch Protest. Die am Karlsplatz angesiedelten Einzelhändler*innen fürchteten Verdienstaufschläge und einen Mangel an Parkplätzen.

„Egal, das wird schon“, dachte sich OB Geselle. Doch dann platzte in der Stadtverordnetenversammlung im Dezember 2019 die Rathauskoalition aus SPD/GRÜNEN und dem Stadtverordneten Ernst – und die Entscheidung wurde vertagt. Im Mai 2020 wurde dann der Standort Karlsplatz schnell beschlossen, es fand sich zum Glück noch eine Stimme.

Davon ließen sich die Gegner*innen des Standortes nicht irritieren und sammelten Unterschriften und reichten diese für die Durchführung eines Bürgerbegehrens ein. Bürgerbegehren scheitern in Kassel in der Regel an formalen, rechtlichen Gründen. Hier schien es diesmal aber anders zu verlaufen.

Die SPD holt daraufhin den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zurück.

Und jetzt?

Viele Monate sind ins Land gegangen und über das documenta-Institut spricht man gefühlt besser nicht mehr. Wenn doch, dann kommen kreative Ideen wie bspw. die eines Instituts in der Cloud, weil heutzutage ohnehin alles digital sei. Ein Gründungsdirektor wurde vor kurzen berufen. Was er aber wo gründen soll, weiß er selbst auch nicht so ganz genau.

Und die Moral von der Geschichte? - Foppe deine Bürger*innen nicht!

Stephanie Schury



Parteilpolitische Querelen auch schon bei der Standortfindung des Obeliskens.

Neuer Sozialkompass erhältlich

Die 10. aktualisierte Auflage des Kasseler Kultur- und Sozialkompasses ist verfügbar.

Der Sozialkompass der Kasseler Linken verweist auf kostenlose und kostengünstige Kultur- und Verpflegungsangebote, sowie auf Anlaufstellen bei konkreten Problemen. Wir erhalten viele positive Rückmeldungen zum Sozialkompass und sind froh, dass in der neuen Auflage weitere Angebote hinzugekommen sind. Der Sozialkompass hat inzwischen Nachahmer in anderen Städten und selbst in der Stadt Kassel gefunden. Trotz Corona und damit verbundener Unwägbarkeiten haben wir uns für die Aufnahme der Regel-

angebote entschieden. Vor Besuch einer im Sozialkompass genannten Einrichtung empfiehlt sich daher telefonisch oder online die Regelungen während allgemeiner Kontaktbeschränkungen zu prüfen.

15 Jahre Hartz IV haben viele Menschen in die Armut geführt und den Niedriglohsektor anwachsen lassen. Die derzeitige Pandemie hat die Schere zwischen Arm und Reich noch weiter geöffnet. Da müssen wir politisch dagegenhalten. Gleichzeitig ist uns wichtig, konkrete Hilfe vor Ort zu leisten und diejenigen zu stärken, die zu einer solidarischen Stadtgesellschaft beitragen.

Die zehnte Auflage wurde außerdem ermöglicht durch die Unterstützung der Rosa Luxemburg Stiftung Hessen, dem Fraktionsverein der LINKEN im Hessischen Landtag, den Bundestagsabgeordneten der LINKEN Christine Buchholz, Jörg Cezanne und Sabine Leidig, sowie dem Kreisverband DIE LINKE Kassel-Stadt. Die aktuelle Auflage des Sozialkompasses liegt wie immer in vielen verschiedenen sozialen und kulturellen Einrichtungen und vor dem Fraktionsbüro der Kasseler Linke aus. Zusätzlich zum Heft gibt es auf der Internetseite sozialkompass-kassel.de noch weitere Informationen zu den verschiedenen Angeboten.

regelmäßige Angebote und Aktuelles

Jeden Mittwoch von 14 - 16 Uhr Hartz-IV-Beratung organisiert durch das LINKE-Parteibüro Nordhessen. Mehr Infos unter 0561/9201503

Die wöchentliche Sozialberatung der Kasseler Linke findet bis auf weiteres telefonisch statt. Rechtsanwältin Fr. Kathrin Fuchs steht Donnerstags von 14 -16 Uhr unter der Rufnummer 0561 787 3314 für Fragen rund um Soziales und ALG II zur Verfügung.

Jeden Mittwoch trifft sich die Linksjugend [`solid] ab 18 Uhr. Infos unter:
inksjugend_kassel_stadt@riseup.net

Ein Termin bei der Flüchtlingsberatung kann über das Parteibüro Nordhessen unter 0561/9201503 vereinbart werden.

Am 14.3. ist Kommunalwahl: Nicht warten, sondern Briefwahlmöglichkeit nutzen oder Termin für Briefwahl im Rathaus vereinbaren.

Aktuelles aus der Kommunalpolitik:
kasselerrathausblog.wordpress.com

Aktuelle Termine für Kassel unter:
www.die-linke-kassel-stadt.de/termine/



Aufgrund von pandemiebedingter Beschränkungen finden Termine u.U. nur telefonisch oder per Videokonferenz statt. Infos unter: **0561/9201503**

sozial kompass

Alternativer Stadtführer für den kleinen Geldbeutel
Kasseler Kultur- und Sozialkompass
10. aktualisierte Auflage



Mit diesem Leitfaden soll die Teilhabe am kulturellen, sozialen und politischen Leben dieser Stadt auch für Menschen mit wenig Geld unterstützt werden. Hier finden sich Tipps zu den Themen Essen und Einkäufen, Beratung und Hilfe, Freizeit, Bildung und vieles mehr. Vielleicht kann diese Broschüre dabei behilflich sein, aufzutanken, Rat zu erhalten oder einfach einmal abzuschalten, um an anderer Stelle Kraft für Auseinandersetzungen und ein gemeinsames Engagement gegen Sozialabbau und soziale Kälte zu haben.

KASSELER LINKE
Kasseler Linke für Arbeit und soziale Gerechtigkeit

Impressum linKS zeitung

Herausgeber Kasseler Linke, Schillerstr. 21, 34117 Kassel
Telefon 0561/9201503
E-Mail kontakt@kasseler-linke.de
Web www.kasseler-linke.de
Redaktion Jens Meyer
V.i.S.d.P. Lutz Getzschmann
Druckerei Thiele&Schwarz GmbH, Werner-Heisenberg-Str. 7, 34123 Kassel
Auflage 10.000

+ DIE + LINKSZEITUNG

www.linkszeitung.de ist eine Online-Zeitung im Internet. Sie berichtet seit Jahren über ein weites Themenspektrum und charakterisiert sich selber als frei, sozial und konsequent kritisch. Sie hat freundlicherweise unserer lokal erscheinenden Zeitung der Kasseler Linke erlaubt, den Namen zu verwenden.